

Interpellation Daniele Jenni (GPB): Bern: Die Militarisierung der Inneren Sicherheit geht weiter

Bereits anlässlich des 7. Antifaschistischen Abendspazierganges vom 1. April 2006 wurden unter der Verantwortung des Gemeinderates und der Direktion SUE in erhöhtem Ausmass Ressourcen der Armee in Anspruch genommen, namentlich Transportkapazität, Spezialfahrzeuge, Hubschrauber sowie Infrastruktur und Personal für Observationen.

Trotz der bereits damals auch in Zusammenhang mit meiner Interpellation vom 6. April 2006 im Stadtrat geäusserten Bedenken scheint der Gemeinderat nun unter reichlich unklaren Umständen um Armeeunterstützung für Sicherheitsaufgaben bis hin zum Personenschutz während der EURO 08 ersucht zu haben. Er erweckte dabei den Eindruck, weiter gegangen zu sein als die anderen Austragungsorte (Host Cities), die „nur“ logistische Unterstützung durch die Armee anforderten.

Aus den weithin unklaren Darstellungen des Gesamtprojektleiters EURO 08 und der Direktorin SUE soll dem Anschein nach hervor gehen, dass wegen eines grob gehaltenen, durch den Gemeinderat vom angeblich fehlerhaften Verwaltungsentwurf unbemerkt zum Beschluss erhobenen, provisorischen Globalgesuches der nicht gemeinte Eindruck eines über die anderen Austragungsorte (Host Cities) hinaus gehenden Unterstützungsbegehrens entstanden sei, wogegen in Wirklichkeit bloss ein allgemein formuliertes Gesuch, das einzig um Armeeunterstützung für Logistik, Sicherheitswesen und Objektschutz ohne Bevölkerungskontakt gebeten habe, dahin gehend missverstanden worden sei, dass es auch das Ansuchen um Unterstützung im Personenschutz enthalten habe.

Mit derartigen offensichtlich mehr oder weniger berechnet in Kauf genommenen, von welcher Seite auch immer ausgelösten, nahezu realsatirischen Verwirrspielen macht sich der Gemeinderat in politisch wenig verantwortlicher Art zum Verstärker der verfassungsrechtlich, staatspolitisch und sachlich so unhaltbaren wie gefährlichen Tendenz zur zunehmenden Vermischung ziviler und militärischer Bereiche im Rahmen der Inneren Sicherheit. Er verkennt auch, wie sehr der wachsende Zugriff der emsig nach einem Daseinsgrund suchenden Armee auf die Innere Sicherheit die Legitimation der zivilen Behörden auf diesem Gebiet untergräbt. Der Gemeinderat wird deshalb ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. a) Welche Beschlussentwürfe welchen Inhalts haben welche Verwaltungsabteilungen dem Gemeinderat in Sachen Armeeunterstützung für die EURO 08 in Bern unterbreitet?
- b) Haben der Beschlussentwurf oder die Beschlussentwürfe Veränderungen erfahren, und zwar welche, oder wurden er oder sie unverändert zum Beschluss oder zu Beschlüssen erhoben?
- c) Ersetzte der Gemeinderat Beschlüsse in dieser Sache durch anders lautende Beschlüsse, fasste er einen oder mehrere Beschlüsse und wie lauten die einzelnen Fassungen aller Beschlussentwürfe und Beschlüsse?
- d) Wie lässt es sich erklären, dass der Gemeinderat in einer politisch so wichtigen und umstrittenen Frage fehlerhafte Entwürfe angeblich unbesehen und unbemerkt zu Beschlüssen erhebt?
- e) Wie lauteten in dieser Sache die genauen Auskünfte der Direktorin SUE an die Medien und wie weit treffen sie zu?

2. Wie kommt die gegenwärtige Mehrheit des Gemeinderates dazu, die grosse politische und rechtliche Bedeutung dieser Frage derart zu verkennen und sich im Schlepptau der derzeitigen politischen Ausrichtung innerhalb der Direktion SUE zum Vorreiter der militärischen Einmischung in die Innere Sicherheit zu machen?
3. Erfolgte das Ersuchen des Gemeinderates in Absprache mit den operativ verantwortlichen Stellen der Stadt- und Kantonspolizei, den anderen Austragungsorten (Host Cities) und dem Polizeibeamtenverband? Wenn Ja, was waren die Ergebnisse, und wenn Nein, warum nicht?
4. Welche Abklärungen hat der Gemeinderat vorgenommen, um zum Schluss zu gelangen, dass die zivilen Kräfte (Polizei, Zivilschutz, Feuerwehr, Sanitätsdienst usw.) im Rahmen der EURO 08 tatsächlich nicht genügen? Was ergaben diese Abklärungen im Einzelnen?
5. Wie will der Gemeinderat sicher stellen, dass Militärpersonen wenn schon ohne polizeiliche Befugnisse, unbewaffnet und auch ohne Publikumskontakte tätig sein würden?
6. Ist der Gemeinderat bereit, im Interesse einer klaren Aufteilung der Verantwortlichkeiten für eine Rückabwicklung dieser geplanten Vermischung von Armee und Polizei noch vor der EURO 08 zu sorgen?
7. Will der Gemeinderat fortan der Wahrung zentraler staatspolitischer Interessen wie dem zivilen Charakter der Inneren Sicherheit das nötige Gewicht geben und darum auf die Anrufung militärischer Unterstützung in der Erfüllung von Sicherheitsaufgaben verzichten?
8. Ist der Gemeinderat bereit, dafür einzutreten, dass dem Eindringen der Armee in den Polizeibereich auch im Rahmen von Police Bern ein Riegel geschoben wird?

Bern, 14. September 2006

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat will ein Fussballfest, das in guter Erinnerung bleiben wird. Dazu gehört nebst vielen anderen Massnahmen auch ein geeignetes Sicherheitskonzept. Klar ist dabei, dass die Sicherheitsmassnahmen verhältnismässig vorzusehen sind und die Sicherheit primär Aufgabe der zivilen Einheiten ist. Bezüglich des subsidiären Armeeeinsatzes ist sich der Gemeinderat seiner Verantwortung vollkommen bewusst, möchte jedoch die Unterstützung durch die Armee in noch zu definierenden Bereichen nicht bereits im Vorfeld ausschlagen.

Zu den einzelnen Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie hat dem Gemeinderat ein „Mustergesuch Unterstützung zugunsten EURO 2008“ unterbreitet, welches anlässlich einer Koordinationsitzung dem Projektleiter Host Cities abgegeben und durch den Stabschef Stab Sicherheit UEFA EURO 2008 an die Sicherheitsverantwortlichen der vier Austragungsorte verschickt wurde. Die Host Cities wurden aufgefordert, das Gesuch unverzüglich zu erstellen und dem Bundesrat zuzustellen, da dieser über das Geschäft in einer Bundesratssitzung nach den Sommerferien 2006 entscheiden wollte.

Beim Beschlussesentwurf des „Gesuchs um Unterstützung der Austragungskantone durch einen Assistenzdiensteinsatz der Armee zugunsten der zivilen Einsatzkräfte im Rahmen der UEFA EURO 2008“ an den Schweizerischen Bundesrat handelt es sich um ein global formuliertes Ersuchen um Unterstützung, da zurzeit ein allfälliger Bedarf an Armeeleistungen noch nicht genau spezifiziert werden kann. Der Gemeinderat hat folgende subsidiäre Armeeeinsatzformen beantragt:

- Schutzaufgaben (temporärer Objektschutz zusätzlich zur ordentlichen Überwachung der Botschaften);
- Unterstützungsaufgaben in den Bereichen Logistik (z.B. Material, Fahrzeuge, Geräte), Führungsunterstützung, koordinierter Sanitätsdienst, Verkehrsleitmassnahmen;
- B- und C-Abwehr (Abwehr von biologischen und chemischen Kampfstoffen);
- Unterstützung bei Geniearbeiten (Auf- und Abbauarbeiten);
- Überwachung des schweizerischen und, in Zusammenarbeit mit den Luftstreitkräften der Anrainerstaaten, des an die Schweiz grenzenden Luftraums;
- Überwachungsflüge, Luftaufklärung und Luftpolizeidienste bei eingeschränktem Luftverkehr;
- Lufttransporte;
- Bereitschaft zur Katastrophenhilfe.

Die im Mustergesuch erwähnte Rubrik „Eskorte und Personenschutzaufgaben“ wurde vom Gemeinderat im an den Regierungsrat weitergeleiteten Gesuch nicht aufgeführt. Der subsidiäre Sicherungseinsatz der Armee zugunsten des Kantons Bern soll längstens vom 2. bis 28. Juni 2008 dauern.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat ist bestrebt, die durch das Teilprojekt „Sicherheit UEFA EURO 2008“ von Bund, Kantonen und Städten definierten Safety and Security Grundlagen zu respektieren. Für den Einsatz der Armee gilt ausnahmslos das Prinzip der Subsidiarität. Das heisst, militärische Verbände können auf Verlangen der zivilen Behörden zum Einsatz gelangen, wenn in einer ausserordentlichen Lage die bereits im Einsatz stehenden Mittel aller Stufen weder personell, materiell noch zeitlich eine Situation zu meistern vermögen. Dabei liegt die Einsatzverantwortung auf der Seite der zivilen Behörden, die Führungsverantwortung auf der militärischen Seite. Es gelten die Bestimmungen gemäss Verordnung vom 26. Oktober 1994 über die Polizeibefugnisse der Armee (SR 510.32).

Zu Frage 3:

Die Planung der Sicherheitsmassnahmen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Projektleitung Host City Bern und der Kantonspolizei Bern. Zusätzlich werden Partnerorganisationen wie Sanitätspolizei Bern, Berufsfeuerwehr Bern, BERNMOBIL, Fernverkehr und ewb in die Entscheidungsfindung einbezogen. Gemeinsam werden Problemerkennung, Lagebeurteilungen, Sofortmassnahmen, Entschlussfassungen und Eventualplanungen vorgenommen. Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter Sektion Bern Stadt wurde bezüglich dem Globalgesuch an den Bundesrat nicht angefragt.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat stützt sich auf die Abklärungen der nationalen Teilprojektleitung Sicherheit UEFA EURO 2008. Dieses Gremium hat in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsverantwortlichen der Host Cities den Kräfteansatz insbesondere im Sicherheits-, Ordnungsdienst- und

Kriminalpolizeibereich vorgenommen. Da die Auslosung der Spiele und somit die Klärung der Anzahl High- / Middle- oder Low-Risk-Spiele erst Ende 2007 stattfinden wird, musste mit Erfahrungswerten UEFA EURO 2004 Portugal und FIFA WM 2006 Deutschland gearbeitet werden.

Basierend auf den Zahlen aus der Kräfteansatzfestlegung und den personellen Möglichkeiten der Polizeikorps wird zurzeit ein interkantonaler Polizeieinsatz (IKAPOL-Einsatz) geplant. Eine zusätzliche Unterstützung durch ausländische Polizeikräfte kann aufgrund einer negativen Entwicklung der Sicherheitslage oder aber wegen Personalknappheit seitens der Polizei nötig werden.

Zu Frage 5:

Der Gemeinderat ist sich der politischen Tragweite eines allfälligen subsidiären Armeeeinsatzes anlässlich der EURO 08 vollumfänglich bewusst. Die Armee wird unter keinen Umständen einen Ordnungsdienst leisten. Allfällige Armeeeinsätze im Bereich des Botschaftsschutzes, der Genie- und Logistikunterstützung unterliegen der ausschliesslichen Einsatzverantwortung des Polizeikommandos.

Zu Frage 6:

Nein. Siehe Antwort zu Fragen 2 bis 5.

Zu Frage 7:

Der Gemeinderat kann auch in Zukunft im Zusammenhang mit ausserordentlichen Grosseignissen wie die EURO 08 sowohl personell als auch materiell auf die Unterstützung der Polizei durch die Armee im Logistik- und Geniebereich angewiesen sein. Einen Einsatz der Armee im Bereich des Ordnungsdienstes lehnt der Gemeinderat jedoch entschieden ab.

Zu Frage 8:

Nach der Umsetzung von Police Bern wird die operative Verantwortung für Aufgaben der Polizei vollumfänglich beim Kanton liegen. Der Gemeinderat wird keinen Einfluss darauf haben, ob und in welchem Umfang die Kantonspolizei die Armee unterstützend bezieht. Er wird sich aber im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass dem Primat der Zuständigkeit ziviler Behörden für die innere Sicherheit Nachachtung verschafft wird.

Bern, 10. Januar 2007

Der Gemeinderat